

HARM-PEER ZIMMERMANN

Kulturelle Hegemonie von rechts. Nationalistische Integrationspolitik im Zeichen des Kyffhäuser 1871-1914

Am 18. Juni 1896 reiste Kaiser Wilhelm II. nach Thüringen auf den Berg Kyffhäuser. Mit ihm kamen alle regierenden Bundesfürsten und die Bürgermeister der Freien und Hansestädte Lübeck, Hamburg und Bremen. Es war ein Tag von geradezu magischer Zeichenhaftigkeit für das junge deutsche Reich und seine Geschichte. Denn es jährte sich nicht nur die Berliner Siegesfeier über Frankreich zum 25. Mal, sondern gleichzeitig konnten folgende Jahrestage reklamiert werden: die Schlacht bei Waterloo zum 81. Mal, die Schlacht bei Fehrbellin zum 221. Mal und die Kaiserkrönung Friedrich Barbarossas zum 741. Mal. Wer also ein heroisches Nationalepos, eine von „allerhöchster“ Stelle autorisierte deutsch-preußische Staatslegende begründen wollte, wer, wie Sigrid und Wolfgang Jacobeit schreiben, mit „Emotionen in rein nationalistischer, deutschtümelnd-manipulativer Weise bewußt Schindluder“ treiben wollte, der fand wohl kaum ein geeigneteres Anknüpfungdatum als den 18. Juni.¹

Aber auch der Ort hatte es in sich. War doch der Berg Schauplatz jener Sage, die in der gereimten Fassung Friedrich Rückerts von 1816/17 äußerst populär geworden und zum Sinnbild für Leiden und Hoffen der ganzen Nation aufgestiegen war: der Sage von Kaiser Friedrich Barbarossa. In den Kyffhäuser habe sich, das dokumentierten auch die Brüder Grimm, der unsterbliche Kaiser vor Jahrhunderten zurückgezogen. Hier durchschlafe er, so ist impliziert, die tiefe Nacht der politischen Reaktion. Hier träume er vom deutschen Auferstehungstag, den Raben allein durch ihren Abflug ankündigen würden.² - Mit diesem „sagenhaften“ Stoff ließ sich zugleich zwanglos anknüpfen an die ger-

1 Vgl. Jacobeit, Sigrid/Jacobeit, Wolfgang: Illustrierte Alltagsgeschichte des deutschen Volkes, Bd. 2: 1810-1900, Köln 1987, S. 310.

2 Vgl. Grimm, Jacob/Grimm, Wilhelm: Deutsche Sagen. Zwei Bände in einem Band, vollständige Ausgabe, mit einem Nachwort von Lutz Röhrich, München

manische Mythologie. Gab es nicht schon dort einen obersten Herrn der Kriegskunst, der Weissagung und der Dichtkunst, den Führer des Wilden Heeres, Wodan? Und bediente er sich nicht der Raben Hugin und Munin, um die Lage zu erkunden und Prothezeiungen vorzubereiten?³

1965, S. 49f. Rückerts Fassung (zit. nach Lemcke, Paul: Der deutsche Kaisertraum und der Kyffhäuser, Magdeburg 1887, S. 97) lautet: „Der alte Barbarossa, / Der Kaiser Friederich, / Im unterird'schen Schlosse / Hält er verzaubert sich. / Er ist niemals gestorben, / Er lebt darin noch jetzt; / Er hat im Schloß verborgen / Zum Schlaf sich hingesezt. // Er hat hinabgenommen / Des Reiches Herrlichkeit, / Und wird einst wiederkommen, / Mit ihr zu seiner Zeit. // Der Stuhl ist elfenbeinern, / Worauf der Kaiser sitzt, / Der Tisch ist marmelsteinern, / Worauf das Haupt er stützt. // Sein Bart ist nicht von Flachse, / Er ist von Feuersglut, / Ist durch den Tisch gewachsen, / Worauf sein Kinn ausruht. // Er nickt, als wie im Traume. / Sein Aug' halb offen zwinkt; / Und je nach langem Raume / Er einem Knaben winkt. // Er spricht im Schlaf zum Knaben: / 'Geh hin vor's Schloß, o Zwerg, / und sieh, ob noch die Raben / Herfliegen um den Berg. // Und wenn die alten Raben / Noch fliegen immerdar, / So muß ich auch noch schlafen / Verzaubert hundert Jahr.'“

- 3 Zur Kyffhäusersage und zu möglichen Spekulationen auf die germanische Mythologie vgl. Fulda, Albert: Die Kiffhäusersage. Rede, gehalten im Jahre 1877 in der Hauptversammlung des Harzvereins, Sangerhausen u. Leipzig o. J. (1877); Timm, Albrecht: Der Kyffhäuser im deutschen Geschichtsbild (= Historisch-Politische Hefte der Ranke-Gesellschaft, H. 3), Göttingen o. J. (1961); Quensel, Paul (Hrsg.): Thüringer Sagen, mit einer neuen Einleitung von Leander Petzoldt (Nachdruck der Ausgabe Jena 1926), Düsseldorf u. Köln 1974; Borst, Arno: Barbarossas Erwachen. Zur Geschichte der deutschen Identität. In: Marquard, Odo/Stierle, Karlheinz (Hrsg.): Identität (= Poetik und Hermeneutik, Arbeitsergebnisse einer Forschergruppe, Bd. 8), München 1979; Lemcke 1887; Tittel, Lutz: Monumentaldenkmäler von 1871 bis 1918 in Deutschland. Ein Beitrag zum Thema Denkmal und Landschaft. In: Mai, Ekkehard/Waetzold, Stephan (Hrsg.): Kunstverwaltung, Bau- und Denkmalpolitik im Kaiserreich (= Kunst, Kultur und Politik im Deutschen Kaiserreich, Bd. 1), Berlin 1981; Sedlmayr, Hans: Verlust der Mitte. Die bildende Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts als Symptom und Symbol der Zeit, 2. Auflage, Salzburg o. J. (zuerst 1948); Nipperdey, Thomas: Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 18), Göttingen 1976; Hansen, Wilhelm: Nationaldenkmäler und Nationalfeste im 19. Jahrhundert (Niederdeutscher Verband für Volks- und Altertumskunde, Bd. 1), Lüneburg 1976; Arndt, Monika: Das Kyffhäuser-Denkmal. Ein Beitrag zur politischen Ikonographie des Zweiten Kaiserreiches. Wallraf-Richartz Jahrbuch 40(1978), S. 75-127; Zimmermann, Harm-Peer: „Der feste Wall gegen die rote Flut“. Kriegervereine in Schleswig-Holstein 1864-1914 (= Studien zur Volkskunde und Kulturgeschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 22), Neumünster 1989, S. 529ff.

So markierte der 18. Juni einige erhabene Trittsteine im Fluß der Geschichte, auf denen sich aufrecht und geraden Schrittes bis auf Barbarossa zurückschreiten ließ. So bot der sagenhafte Berg in Thüringen mit seinen Felsenhöhlen phantastische Anregungen, um sich tief in den Schoß einer stammesgeschichtlichen Matrix zu versenken und die Verschmelzung von germanischem Mythos und deutscher Geschichte zu vollziehen. Bildeten damit Zeitpunkt und Bühne gewissermaßen eine prästabilisierte Harmonie, so fehlte es noch an einem überzeugenden Anlaß für die publikumswirksame Präsentation dieses „Kyffhäusergeistes“, für die Inszenierung einer Art Realoper von Wagnerschem Format. Diese Gelegenheit fingierten die Funktionäre von Millionen ehemaliger Soldaten, die sich seit 1871 in Deutschland in sogenannten Kriegervereinen zusammengeschlossen hatten und die sich mehr und mehr zur kulturellen Massenbasis des preußisch-deutschen Militarismus und Nationalismus entwickelten.

Im März 1888, drei Tage nach dem Tod Wilhelms I., schlug Alfred Westphal, der Schriftführer des größten der Kriegerdachverbände, nämlich des „Deutschen Kriegerbundes“ (DKB), vor, zum Gedenken an den just verstorbenen Kaiser sowie zum Ausdruck der Loyalität zu „Gott, Kaiser und Vaterland“ ein imposantes Monument auf dem Kyffhäuserberg zu errichten. Denn Wilhelm Weißbart („Barbablanca“) habe die sagenhafte Verheißung erfüllt und Friedrich Rotbart erlöst.⁴ Außerdem beabsichtigte Westphal, mit Hilfe dieses gemeinsamen Denkmalprojektes die seit Jahren zerstrittenen norddeutschen und süddeutschen Kriegerverbände endlich zu einem Reichsbund zusammenzufassen, ein Interesse, das von der preußischen Staatsregierung massiv gefördert, aber insbesondere vom bayerischen König energisch hintertrieben wurde.⁵

4 Vgl. z. B. den ersten Spendenaufruf des geschäftsführenden Ausschusses für das Kyffhäuser-Denkmal vom 17.1.1889. Landesarchiv Schleswig (LAS), Abt. 320 Eiderstedt, Nr. 1838.

5 Vgl. Forell, G. H. von: Nachschlagewerk des Deutschen Reichskriegerbundes (Kyffhäuserbund) e. V., zum 150jährigen Bestehen, Berlin o. J. (1936), S. 15; Schulz-Luckau, Karl: Soldatentum und Kameradschaft. Anderthalb Jahrhunderte Deutscher Reichskriegerbund, Berlin 1936, S. 37; Borst 1979, S. 52f.; Tittel 1981, S. 235f.; Hardtwig, Wolfgang: Geschichtsinteresse, Geschichtsbilder und politische Symbole in der Reichsgründungsära und im Kaiserreich. In: Mai und Waetzold 1981, S. 61; Zimmermann 1989, S. 144ff.

Zu diesem Zeitpunkt waren die Kriegervereine und ihr „Kyffhäusergeist“ für die Staatsführung bereits so wichtig geworden, daß Kaiser Wilhelm der Zweite sich sogleich in die Denkmalsangelegenheit einmischte und im Hintergrund seine königlichen Fäden auch für die Vereinigung der deutschen Kriegerverbände zog. Dieser Vorgang, daß eine doch durch und durch bürgerliche, ja weit überwiegend kleinbürgerliche Freizeitorganisation⁶ mit der zugehörigen ideologischen Konstellation von höchster und allerhöchster Stelle herausragend und langfristig ins Staatskalkül gezogen wurde, stellte in seinem Ausmaß und in seiner Intensität eine durchaus ungewöhnliche, wenn nicht ganz und gar neue politische Strategie dar.

Die negative staatliche Einwirkung auf Vereine und Gruppierungen aller Art war ja der Öffentlichkeit seit 1819 hinlänglich und schmerzlich bekannt.⁷ Seit 1871 hatten vor allem Katholiken und Sozialdemokraten diese Form obrigkeitlicher Fürsorge einschneidend zu spüren bekommen. Aber eine planmäßige und konzentrierte positive Unterstützung zu offenkundig politischen Zwecken war bislang noch keiner bürgerlichen Vereinsrichtung auf Dauer zuteil geworden. Zwar hatte es von aufgeweckter konservativer Seite immer wieder Vorschläge gegeben, die öffentliche Meinung und ihre Assoziationen nicht nur zu reglementieren, sondern für eigene Interessen dienstbar zu machen,⁸ aber eine massenwirksame Umsetzung hatten solche Vorschläge nicht erfahren.

Erst im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts setzte sich in breiten Regierungskreisen allmählich die Erkenntnis durch, daß die überkommenen Herrschaftsverhältnisse im Zeichen zunehmen-

6 Zur sozialen Struktur der Kriegervereine vgl. Birk, Gerhard: Das regionale Kriegervereinswesen bis zum ersten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung des Kreises Wanzleben. In: Rach, Hans-Jürgen/Weißel, Bernhard: Bauern und Landarbeiter im Kapitalismus in der Magdeburger Börde. Zur Geschichte des dörflichen Alltags vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts (= Veröffentlichungen zur Volkskunde und Kulturgeschichte 66/3, Teil 2), Berlin 1982; Zimmermann 1989, S. 327ff.

7 Vgl. dazu auch Jacobeit/Jacobeit 1987, S. 278ff.

8 Solche Konzepte entwickelte als einer der ersten Adam Heinrich Müller, der 1809 der preußischen Regierung vorschlug, die öffentliche Meinung und damit die politische Opposition mit ihren eigenen Mitteln auszuhebeln, wenigstens aber entscheidend zu manipulieren. Vgl. dazu Schmitt, Carl: Politische Romanik, 2. Auflage, München und Leipzig 1925, S. 65f.

der Differenzierung der Gesellschaft und Pluralisierung der Kultur mit dem Hinweis auf das „Gottesgnadentum“ und mit repressiven Mitteln allein nicht mehr abzusichern waren.⁹ „Die Furcht vor dem Proletariat“, so Sigrid und Wolfgang Jacobeit, „bestimmte zunehmend alle Maßnahmen.“¹⁰ Erkannt wurde von daher die Bedeutung dessen, was Antonio Gramsci später und unter entgegengesetztem politischen Vorzeichen als „kulturelle Hegemonie“ bezeichnet hat. Neben der politischen Herrschaft und zu ihrer Absicherung steht danach die Erreichung der „geistigen und moralischen Führung“ innerhalb derjenigen Sphäre an, die zwischen der ökonomischen und der staatlichen als dritter Bereich sich sukzessive ausbreitet, nämlich der „Zivilgesellschaft“.¹¹

9 Zur Entwicklung dieser neuen Herrschaftstechnik, die von Geschichtswissenschaftlern in der Nachfolge Eckart Kehrs (1930) unter den Begriffen „Sammlungspolitik“ und „negative Integration“ (darauf wird noch eingegangen werden) zusammengefaßt worden ist, vgl. Kehr, Eckart: Schlachtfloottenbau und Parteipolitik 1894-1901. Versuch eines Querschnitts durch die innenpolitischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des deutschen Imperialismus (= Historische Studien, Bd. 197), Berlin 1930; ders.: Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. und eingeleitet von Hans-Ulrich Wehler, 2. durchgesehene Auflage, Frankfurt/M., Berlin u. Wien 1970; Puhle, Hans-Jürgen: Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im Wilhelminischen Reich (1893-1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung: B), Hannover 1966; Stegmann, Dirk: Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1897-1918, Köln u. Berlin 1970; Groh, Dieter: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt/M., Berlin u. Wien 1973; Sauer, Wolfgang: Das Problem des deutschen Nationalstaates. In: Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.): Moderne deutsche Sozialgeschichte (= Neue wissenschaftliche Bibliothek, Bd. 10), 5. Auflage, Köln 1976; Puhle, Hans-Jürgen: Parlament, Parteien und Interessenverbände. 1890-1914. In: Stürmer, Michael (Hrsg.): Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870-1918, Kronberg/Ts. 1977; Wehler, Hans-Ulrich: Krisenherde des Kaiserreichs 1871-1918. Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage, Göttingen 1979, S. 136ff.; ders.: Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918 (= Deutsche Geschichte, Bd. 9), 4. Auflage, Göttingen 1980, S. 96ff.; Dubiel, Helmut (Hrsg.): Populismus und Aufklärung, Frankfurt/M. 1986.

10 Jacobeit/Jacobeit 1987, S. 294.

11 Vgl. Gramsci, Antonio: Zu Politik, Geschichte und Kultur, Ausgewählte Schriften, Leipzig 1986; Zu Gramscis Theorie der „Zivilgesellschaft“ und der

Das heißt im Hinblick auf das zweite Deutsche Kaiserreich: Die Monarchie und die mit ihr verbündeten sozialen Gruppen mußten die veränderten Kommunikationsformen nun hinnehmen und ihnen dadurch gerecht zu werden versuchen, daß sie sich - in der Terminologie Gramscis - auf einen „Stellungskrieg“ einließen, Stellung bezogen in den dem Staatsapparat vorgelagerten „Schützengräben“ und „Festungen“, um nicht im direkten „Manöverkrieg“ der proletarischen Massen und ihrer Avantgarde unterzugehen. Die Staatsgewalt strebte folglich nach zeitgemäßen Methoden und Instrumenten der Massenbeeinflussung und -lenkung, bediente sich mehr und mehr „ziviler“ Elemente der Herrschaftssicherung und publikumswirksamer Leitbilder. Die Struktur der „Öffentlichkeit“ (Habermas) verwandelte sich unter diesem Vorzeichen für breite Kreise von einem Medium des authentischen Meinungs-austausches und der Konsensbildung zu einem Instrument der kalkulierten Meinungsmache und gelenkten Bewußtseinsindustrie.¹² In diesem Sinne haben Sigrid und Wolfgang Jacobeit dargelegt: „Ideologische Mittel zur bewußtseinsmäßigen Manipulierung erschienen um so notwendiger, als sich die Arbeiterklasse ihre eigene wissenschaftliche Weltanschauung

„kulturellen Hegemonie“ vgl. vor allem Kebir, Sabine: Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. Alltag, Ökonomie, Kultur, Politik, Hamburg 1991; Dubiel, Helmut: Ungewißheit und Politik, Frankfurt/M. 1994; Kößler, Reinhart/Melber, Henning: Chancen internationaler Zivilgesellschaft, Frankfurt/M. 1993; Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung 7(1991); Perspektiven. Zeitschrift für sozialistische Theorie, Sonderheft 1(1988); Hirschfeld, Uwe/Rügemer, Werner (Hrsg.): Utopie und Zivilgesellschaft. Rekonstruktionen, Thesen und Informationen zu Antonio Gramsci, Berlin 1990; Holz, Hans Heinz (Hrsg.): Antonio Gramsci heute - Aktuelle Perspektiven seiner Philosophie, Köln 1991. Heute werden diese Probleme parteipolitisch vor allem von Kreisen (innerhalb der Grünen und der PDS) diskutiert, die eine für die moderne demokratische Gesellschaft gangbare Alternative zu dogmatischen Sozialismus-Konzepten suchen. Vgl. u. a. Krieger, Verena: Gramscis Zivilgesellschaft. Ein affirmativer oder kritischer Begriff? Arbeiterkampf 341(1992); Dau, Eckhard: Gramsci: „Zivilgesellschaft“ und „Hegemonie“. Rundbrief der PDS/Linke Liste Schleswig-Holstein 8(1994).

12 Vgl. Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, 14. Auflage, Darmstadt u. Neuwied 1983; Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W.: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. In: Max Horkheimer, Gesammelte Schriften, Bd. 5, Frankfurt/M. 1987 (nach der Auflage von 1969).

schuf, deren Gefahren der Gegner bald erkannte und die eigenen Kräfte dagegen mobilisierte.“¹³

Die geschürte Idiosynkrasie gegen vermeintliche „Reichsfeinde“ und „vaterlandslose Volksschädlinge“ erwies sich als Mittel erster Wahl, um große Teile der Zivilgesellschaft nach dem Muster einer eingekreisten Wagenburg zu formieren. Dieses Herrschaftsprinzip ist von Hans-Ulrich Wehler im Anschluß an Eckart Kehr unter den Begriffen „Sammlungspolitik“ und „negative Integration“ zusammengefaßt worden.¹⁴ Darüber hinaus ist auf das mit dem „negativen“ synchronisierte und wohl gleichbedeutende „positive“ Integrationsmoment hinzuweisen. Das war der konstruierte nationale Mythos mit den zugehörigen sozialen Idealen Gemeinschaft und Erbe, Gefolgschaft und Kameradschaft, Ehre und Treue, wie er zusammenfassend unter dem Begriff „Kyffhäusergeist“ seinen Ausdruck fand.¹⁵ Denn allein mit dem Hinweis auf „frevelnde Mächte“ ließ sich im innergesellschaftlichen „Stellungskrieg“ noch kein ausreichendes Gelände gewinnen. Dazu war außerdem der Entwurf affirmativer Zielvorstellungen nötig, um Erwartungen und Hoffnungen breiter Bevölkerungskreise zu bannen und mit den Herrschaftsverhältnissen ausöhnen oder zumindest scheinbar schicksalhaft verbinden zu können. „Zur Strategie von Manipulierung und Indoktrination gehört auch das positive Gegenbild“, hat Wolfgang Jacobeit erklärt.¹⁶ Auf die Kriegervereine angewendet heißt das: Um das für Deutschland so verhängnisvolle Programm einer kulturellen Hegemonie von rechts verwirklichen zu können, mußten die Kriegervereine staatlicherseits systematisch zu Hauptstützpunkten ausgebaut, mußte der „Kyffhäusergeist“ als eine zentrale ideologische „Festung“ in Position gebracht werden. - Wie konnte es dazu kommen?

13 Jacobeit/Jacobeit 1987, S. 296. Vgl. auch ebd., S. 296ff., 300, 307, 310; Jacobeit, Wolfgang: Dorf und dörfliche Bevölkerung im bürgerlichen 19. Jahrhundert (= Universität Bielefeld. Zentrum für interdisziplinäre Forschung: Bürger, Bürgerlichkeit und bürgerliche Gesellschaft. Das 19. Jahrhundert im europäischen Vergleich), Bielefeld 1986/87, S. 22; Jacobeit Sirgid/Jacobeit, Wolfgang: Illustrierte Alltagsgeschichte des deutschen Volkes, Bd. 3: 1900-1945, Münster 1995, S. 17.

14 Vgl. Kehr 1930; Kehr 1970; Wehler 1979, S. 136ff.; Wehler 1980, S. 96ff.

15 Vgl. Zimmermann 1989, S. 400ff.

16 Vgl. Jacobeit 1986/87, S. 22. Vgl. auch Jacobeit/Jacobeit 1987, S. 294ff.

Unmittelbar nach den Kriegen von 1864, 1866, 1870/71 und nach der Reichsgründung hatte in allen deutschen Teilstaaten eine Vereinsgründungswelle eingesetzt. Heimgekehrte Kriegsteilnehmer fanden sich in Städten und auch in vielen kleineren Orten zusammen, um ihre Kriegserinnerungen zu pflegen, aber auch, um ihre emotionale und geistige Ergriffenheit von den nationalen Errungenschaften zu manifestieren.¹⁷ Bis 1875 traten in ganz Deutschland rund eintausend amtlich registrierte Kriegervereine mit annähernd 100.000 Mitgliedern ins öffentliche Leben, davon allein 365 Gruppierungen mit 37.694 Mitgliedern in Preußen.¹⁸ Schon im April 1873 kam es in Weißenfels, unweit des Kyffhäusers auf Initiative preußischer Vereine zur Gründung eines reichsweiten Dachverbandes ehemaliger Soldaten, des „Deutschen Kriegerbundes“ (DKB).¹⁹ In Süddeutschland fand dieser Bund jedoch kaum Resonanz. Die dortigen Vereine bildeten eigene Landesverbände. Sie befürchteten eine Majorisierung durch die preußischen Gruppierungen, mißtrauten deren politischer Linie und sprachen offen von reaktionären Absichten der Preußen. In Konkurrenz zum DKB entstand daher im Juni 1873 das „Kartell-Bündnis deutscher Krieger-Vereins-Verbände“, das zwar auch eine reichsweite Ausdehnung anstrebte, aber praktisch auf die südwestdeutschen Landesverbände beschränkt blieb.²⁰ Das Kartell setzte sich für förderative Organisationsstrukturen ein und neigte politisch zunächst liberalen Haltungen zu.

Im Streit um die Vorherrschaft unter ehemaligen Soldaten in Deutschland rief der DKB im Oktober 1873 die Reichsregierung als Schiedsrichter an.²¹ Durch die Übernahme des Protektorats

17 Vgl. Dann, Otto: *Nation und Nationalismus in Deutschland 1770-1990*, München 1993; Mommsen, Wolfgang J.: *Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur im deutschen Kaiserreich*, Frankfurt/M. 1990; Schieder, Theodor: *Das deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat*, hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler, 2. Auflage, Göttingen 1992.

18 Vgl. 1. „Rapport“ des DKB an den preußischen Innenminister (IM) am 4.4.1875. Zentrales Staatsarchiv der DDR in Merseburg (ZStAM - Da die Akten vor der „Wende“ eingesehen wurden, wird hier die damalige Bezeichnung beibehalten.), Rep. 77, tit. 1137, Nr. 4, Bd. 1.

19 Vgl. Bericht des preußischen Ministerpräsidenten (MP) an den preußischen König am 24.2.1874. ZStAM, Rep. 77, tit. 1137, Nr. 4, Bd. 1. Vgl. dazu Zimmermann 1989, S. 132f.

20 Vgl. Berichte in ZStAM, Rep. 77, tit. 1137, Nr. 4, Bd. 1.

21 Am 6.10.1873 übersandte der MP die Immediat-Vorstellung des DKB an den IM zur Begutachtung. Vgl. ZStAM, Rep. 77, tit. 1137, Nr. 4, Bd. 1.

über den DKB sollte Kaiser Wilhelm I. deutliche Akzente setzen. Doch der Reichskanzler und preußische Ministerpräsident Bismarck zeigte sich zurückhaltend, da er für den Fall einer Zustimmung Probleme auf „allerhöchster“ Ebene erwartete. Er wollte den innenpolitischen Ausgleich zwischen den deutschen Fürsten nicht belastet wissen; denn es waren auch Fragen nach der Stellung des Militärs berührt.

Vor allem der bayerische König hatte durch seine Schirmherrschaft über den „Bayerischen Kriegerbund“ verdeutlicht, wieviel ihm an der ihm verbliebenen Eigenständigkeit seines Militärs und damit auch an einer dezentralen Organisationsstruktur des deutschen Kriegervereinswesens lag. Nach eingehenden Recherchen durch den preußischen Innenminister empfahl Bismarck die Ablehnung des DKB-Gesuchs, da „zu einer Parteinahme für das eine oder andere Prinzip ... kein genügender Grund“ vorliege. Außerdem könne nicht mit absoluter Sicherheit davon ausgegangen werden, daß der DKB tatsächlich eine „staatsloyale“ Entwicklung nehmen werde. Der Kaiser teilte sein Nein am 17. März 1874 dem Vorsitzenden des DKB, Generalleutnant z. D. Stockmarr, mit.²²

Aber die Bitte des Kriegerbundes hatte die Aufmerksamkeit Bismarcks für das Kriegervereinswesen nachhaltig geweckt. Schon der Brandenburger Oberpräsident hatte im Januar 1874 weitblickend geurteilt, das Kriegervereinswesen verdiene „gewiß alle Billigung und Anerkennung“. Es verspreche, „in seinen auf Aufrechterhaltung der Ordnung, Disciplin und patriotischen Gesinnung gerichteten Zielen ... ein wünschenswerthes und kräftiges Gegengewicht gegen destructive Elemente zu werden“.²³ Und Bismarck schloß sich dieser Meinung an. Er sprach im Februar 1874 von „ehrenwerthen Bestrebungen“ des DKB und von einer „großen Bedeutung für die Pflege loyaler und patriotischer Gesinnung in allen Klassen der Bevölkerung“.²⁴

Der preußische Ministerpräsident wußte, daß die innenpolitischen Probleme mit Liberalen und Demokraten trotz der Reichsgründung und trotz aller Übereinstimmungen im Kulturkampf

22 Vgl. MP und IM an Kaiser am 24.2.1874 und Allerhöchste Kabinettsorder vom 17.3.1874. ZStAM, Rep. 77, tit. 1137, Nr. 4, Bd. 1.

23 Vgl. Oberpräsident (OP) der Provinz Brandenburg an IM am 20.1.1874. ZStAM, Rep. 77, tit. 1137, Nr. 4, Bd. 1.

24 Vgl. MP und IM an Kaiser am 24.2.1874. ZStAM, Rep. 77, tit. 1137, Nr. 4, Bd. 1.

nicht wirklich ausgeräumt waren. Zudem erwuchs den Herrschaftseliten im Reich in der Arbeiterbewegung ein mächtiges Gefahrenpotential. Was lag da näher, als sich nach einem „kräftigen Gegengewicht gegen destructive Elemente“ umzusehen bzw. dieses tatkräftig aufzubauen? Der langjährige Redakteur der „Kreuzzeitung“ und Reichstagsabgeordnete Hermann Wagener hatte diese Strategie vorgezeichnet: Die konservative Partei müsse „die lebendigen Mächte der Gegenwart sich dienstbar machen“, sonst werde sie absterben.²⁵ Und der Kieler Soziologe Ferdinand Tönnies resümierte 1922 mit Blick auch auf Bismarcks Politik: Mit fortschreitender Vergesellschaftung sei jede Regierung darauf angewiesen, eine öffentliche Meinung herzustellen, auf die sie sich stützen könne,²⁶ mithin also die Frage der kulturellen Hegemonie ernsthaft zu bedenken.

Bismarck erkannte diese Notwendigkeit sehr früh; und der Gedanke, der eigenen Politik eine Massenbasis zu verschaffen, spielte bereits 1874 in seinen Erwägungen über die ehemaligen Soldaten eine zentrale Rolle. Dafür galt es als erstes, die preußischen Kriegervereine auf Regierungskurs zu bringen und Sicherungen einzubauen, um ein Abgleiten auf die Seite „staatsfeindlicher Elemente“, wie es Kriegsminister Kameke befürchtete (Juli 1874), zu verhindern.²⁷ Vor allem drei Forderungen sollten durchgesetzt werden: 1. die Entmachtung der als unberechenbar geltenden einfachen Mitglieder der Kriegervereine durch Satzungsbestimmungen, die den Vorständen die Entscheidung in allen wichtigen Fragen zuwies; 2. die unmittelbare Anbindung des Dachverbandsvorstands und der lokalen Vereinsvorstände an die Direktiven der Regierung und ihrer Organe; 3. die Gründung eines reichsweiten Dachverbandes aller Kriegervereine, auf den sich von Regierungsseite her direkter und effektiver Einfluß nehmen ließ als auf ein heterogenes Verbandssystem ohne zentrale Leitung.

25 Wagener, zit. nach Eckert, Hans-Gustav: Die Wandlungen der Konservativen Partei durch Bismarcks Innenpolitik. Ein Beitrag zur Geschichte der Konservativen Partei 1876-1890, Phil. Diss, Kiel 1953, Geleitwort.

26 Vgl. Tönnies, Ferdinand: Kritik der öffentlichen Meinung, Berlin 1922, S. 14.

27 Vgl. Kriegsminister (KM) an IM am 27.7.1874, MP und IM an Kaiser am 24.2.1874 und Allerhöchste Kabinettsorder (AKO) vom 17.3.1874. ZStAM, Rep. 77, tit. 1137, Nr. 4, Bd. 1. Vgl. dazu Zimmermann 1989, S. 192ff.

Seine Ziele - außer dem letzten - erreichte der preußische Ministerpräsident durch rege, aber langwierige Aktivitäten seiner Minister des Innern und des Krieges. Diese schleusten im Mai 1874 zunächst einen Beamten des Innenministeriums, Regierungsrat Illing, in den Vorstand des DKB ein, um die größte Organisation des deutschen Kriegervereinswesens gefügig zu machen.²⁸ Parallel dazu wurden die Vereine vor Ort mit zahlreichen Erlassen und Anordnungen konfrontiert. Wichtigstes Druckmittel der Minister und ihrer Behörden war der Wunsch der Vereinsmitglieder nach einer amtlichen Bestätigung ihrer Satzungen und vor allem nach einer repräsentativen Vereinsfahne mit militärischen Emblemen (Eisernes Kreuz) und staatlichen Hoheitszeichen (preußischer Adler). Als Gegenleistung für derartige Privilegien wurden die Vereine gezwungen, in ihre Satzungen Bekenntnisse der „Liebe und Treue zu Kaiser und Reich“ aufzunehmen, sämtliche Diskussionen über politische und militärische Angelegenheiten zu verbieten, wichtige Entscheidungen in die Hand der Vereinsführungen zu legen und ihre Vorstände durch die zuständigen Landräte oder Bürgermeister bestätigen zu lassen.²⁹

Mit dem Anwachsen der Arbeiterbewegung und quasi als Begleitprogramm zum Sozialistengesetz forcierte Bismarck seit 1878 seine Anstrengungen, um - wie der preußische Kriegsminister an seinen württembergischen Kollegen schrieb - die Veteranenorganisationen in ein festes „Bollwerk gegen die Sozialdemokratie“ zu verwandeln.³⁰ Dieses Bestreben gehörte zur Strategie Bismarckscher Kartellpolitik, eine Interessengemeinschaft von Großagrariern und Großindustriellen, von „Roggen und Stahl“ zu festigen, die in ideologischer Hinsicht vor allem auf eine allgemeine Polarisierung der Bevölkerung in „Reichsfreunde“ und „Reichsfeinde“ ausging. Dieser neue Kurs war so einschnei-

28 Vgl. IM an DKB-Vorsitzenden Stockmarr am 30.4.1874 und 12.5.1874 und MP und IM an Kaiser am 24.2.1874 und AKO vom 17.3.1874. ZStAM, Rep. 77, tit. 1137, Nr. 4, Bd. 1. Vgl. dazu Lübeck, Wilfried: Die Rolle der Kriegervereine im System des preußisch-deutschen Militarismus bis zum Ausbruch des I. Weltkrieges, Halle u. Wittenberg 1974, S. 26.

29 Vgl. MP und IM an Kaiser am 24.2.1874 und AKO vom 17.3.1874. ZStAM, Rep. 77, tit. 1137, Nr. 4, Bd. 2. Zum weiteren Vorgehen vgl. Zimmermann 1989, S. 192ff., 483ff.

30 Vgl. KM an württembergischen KM am 20.5.1878. Haupt-Staatsarchiv Stuttgart (HStAS), M 1/4, S. 936.

dend, daß in der Geschichtswissenschaft von einer „zweiten Reichsgründung“ gesprochen wird.³¹

Im Hinblick auf die Kriegervereine bedeutete dieser Wandel einschneidende Veränderungen. Zunächst brachte der Ministerpräsident die Führung des DKB in vollständige Abhängigkeit von der preußischen Regierung. Als Zugeständnis für die Erteilung von Korporationsrechten erklärte sich der DKB 1881 damit einverstanden, künftig kein Vorstandsmitglied mehr ohne das Plazet des Innenministers zu berufen.³² Nachfolgend ergoß sich über die lokalen Vereine eine Flut von Reglementierungen, die auf eine strenge Gesinnungsprüfung und auf den Ausschluß „verdächtiger“ Mitglieder abzielten. Zudem starteten die Landräte jetzt jeweils nach Reichstags- oder Landtagswahlen akribische Untersuchungen über das Abstimmungsverhalten einzelner Kriegervereinsmitglieder.³³

Zum Beispiel ordnete der Kriegsminister im Mai 1886 an, die Bezirkskommandos hätten alle Kriegervereine systematisch zu überwachen und eventuell noch vorhandene sozialdemokratisch gesonnene Mitglieder hinauszudrängen. Daraufhin untersuchten die Militärs genau, ob und in welchem Ausmaß „unzuverlässige Elemente“ in diesen Gruppierungen vorhanden wären und fanden ihre Befürchtungen vor allem in den Industriestädten bestätigt.³⁴ Im Januar 1887 gipfelten diese Aktivitäten in einem Erlaß, der nur denjenigen Kriegervereinen die Genehmigung von Fahnen in Aussicht stellte, die wenigstens seit drei Jahren in loyaler Haltung existiert hätten. Aber auch danach ließ die Nervosität der Regierung und der Behörden nicht nach. Im Oktober 1887 wies der Kriegsminister die Bezirkskommandos erneut an, die Vereine dauernd zu überwachen und nicht mehr nur über verdächtige Mitglieder im allgemeinen, sondern über das „Eindrin-

31 Vgl. Stürmer 1977, S. 152ff. Ähnlich auch Stegmann, 1970, S. 59f.; Groh 1973, S. 39ff.; Wehler 1980, S. 100ff.

32 Vgl. AKO vom 24.8.1881, MP und IM an Kaiser am 24.2.1874 und AKO vom 17.3.1874. ZStAM, Rep. 77, tit. 1137, Nr. 4, Bd. 3.

33 Vgl. Zimmermann 1989, S. 362ff., 488ff.

34 Vgl. preußischer KM an württembergischen KM am 20.5.1886. HStAS, M 1/4, Nr. 936. Vgl. württembergischer KM an preußischen KM am 7.6.1886. Ebd. Vgl. preußischer KM an Bezirkskommandos am 26.8.1886, erwähnt in: Saul, Klaus: Der „Deutsche Kriegerbund“. Zur innenpolitischen Funktion eines „nationalen“ Verbandes im kaiserlichen Deutschland. Militärgeschichtliche Mitteilungen 6/2(1969), S. 100.

gen sozialdemokratischer Gesinnungen“ im einzelnen unverzüglich nach Berlin zu berichten.³⁵ Auch in den folgenden Monaten und Jahren häufte sich Erlaß auf Erlaß, und ein enormer Verwaltungsaufwand wurde getrieben, so daß derjenige Volkskundler, der nach einem Musterbeispiel für die Theorie der zentraldirigistischen Lenkung, ja Formierung der Volkskultur sucht, in den Kriegervereinen wohl eines der hervorstechendsten finden könnte.

Mit dem Ende des Sozialistengesetzes wurde die Anwendung kulturhegemonieller Strategien der Herrschaftssicherung für die konservativen Machteliten schließlich zu einer Überlebensfrage. Je weniger restriktive Maßnahmen gegenüber oppositionellen Strömungen Anwendung fanden oder durchsetzbar waren, je mehr sich die sozialen und politischen Konflikte verschärften, desto virtuoser setzten die Nachfolger Bismarcks in ihrem Machtkalkül auf eine massenwirksame Öffentlichkeitsarbeit, auf einen „plebejischen Konservatismus“ (Hans Rosenberg), auf eine „Mobilisierung des kleinbürgerlichen Gesinnungsmilitarismus“ (Manfred Messerschmidt), auf die „Strategie von Manipulierung und Indoktrination“ (Sigrid und Wolfgang Jacobeit)³⁶ und auf das Konzept des zivilgesellschaftlichen „Stellungskriegs“ (Antonio Gramsci), in dem die Kriegervereine eine herausragende Rolle spielten. Als erstes galt es, sogenannte zweifelhafte Mitglieder endgültig loszuwerden, das hieß, eine Säuberungswelle rollen zu lassen. Daher schrieben der preußische Innenminister und der Kriegsminister am 24. Januar 1891 einheitliche Satzungen für alle diese Gruppierungen in Preußen vor, in denen es hieß:

„Mitglieder, welche sich durch ihr Verhalten mit dem Zwecke des Vereins in Widerspruch setzen, in Sonderheit solche, welche der Aufforderung der Pflege und Bethätigung der Liebe und Treue zu Kaiser und Reich nicht entsprechen, sind aus dem Vereine auszuschließen.“³⁷

35 Vgl. IM und KM an RP am 9.1.1887. LAS, Abt. 301, Nr. 1874. Vgl. KM an Bezirkskommandos am 8.10.1887, erwähnt in: Saul 1969, S. 100.

36 Vgl. Rosenberg, 1976; Messerschmidt, Manfred: Militär und Politik in der Bismarckzeit und im Wilhelminischen Deutschland (= Beiträge der Forschung, Bd. 43), Darmstadt 1975; ders.: Die Armee in Staat und Gesellschaft - Die Bismarckzeit. In: Stürmer 1977; Jacobeit 1986/87, S. 22. Vgl. dazu auch Jacobeit/Jacobeit 1987, S. 294ff.; dies.: 1995, S. 17.

37 IM, KM an alle OP am 24.1.1891. LAS, Abt. 320 Flensburg, Nr. 530.

Der liberalere Kurs des neuen Reichskanzlers Caprivi ließ sich durchaus mit einem energischen Zugriff auf die Zusammenschlüsse ehemaliger Soldaten vereinbaren, ja er bedurfte dieser Vereine quasi als volkstümlicher Unterstützung der Regierungspolitik um so mehr, je weniger direkt restriktive Maßnahmen gegenüber oppositionellen Strömungen opportun erschienen. Am 17. Juni 1891 bestätigten Innen- und Kriegsminister noch einmal die Notwendigkeit des Vorgehens gegen sozialdemokratisch orientierte Mitglieder und verordneten die „Normalsatzung für Kriegervereine“, die in Zusammenarbeit mit dem Vorstand des DKB erarbeitet worden war. Sie faßte alle bis dahin getroffenen staatlichen Vorschriften zusammen und legte die Zwecke und Ausprägungsformen des Vereinslebens sowie die vereinsinterne Befehlshierarchie fest.³⁸

Am 12. Juli und 26. August betonten die Minister erneut die Bedeutung der neuen Richtlinien für die Ausrichtung der Kriegervereine in „politischer Beziehung“ und forderten eine enge Zusammenarbeit von Zivil- und Militärbehörden.³⁹ Über die negativ reglementierenden Maßnahmen hinaus winkten die Minister mit neuen Privilegien, um ein konformes Verhalten durch Belohnungen attraktiv zu gestalten. Am 29. Januar 1891 hatte der Kriegsminister allen preußischen Offizieren gestattet, anlässlich von Festen der Militärvereine in Uniform zu erscheinen, um auf diese Weise für das Kriegervereinswesen zu werben. Am 19. April 1891 stellte er die Erlaubnis zur Teilnahme an Kaiserparaden für diejenigen dieser Vereine in Aussicht, welche die neuen Satzungsbestimmungen übernommen hätten. Am 31. Januar 1892 wiederholte der Innenminister sein Urteil, wonach Fahngesuche eine besonders günstige Gelegenheit darstellen würden, um die Kriegervereine „gefügt zu machen“.⁴⁰

38 Vgl. IM und KM an alle OP am 17.6.1891, MP und IM an Kaiser am 24.2.1874 und AKO vom 17.3.1874. ZStAM, Rep. 77, tit. 1137, Nr. 1a. Der Wortlaut ist abgedruckt in: Zimmermann 1989, S. 790-792.

39 Vgl. IM an alle Regierungspräsidenten (RP) am 12.7.1891, MP und IM an Kaiser am 24.2.1874 und AKO vom 17.3.1874. ZStAM, Rep. 77, tit. 1137, Nr. 1a; IM und KM an OP am 26.8.1891. LAS, Abt. 301, Nr. 1874.

40 Vgl. Erlaß des KM vom 29.1.1891, erwähnt in: Benedix: Preußens Kriegervereine einst und jetzt (= Eisenschmidt's Büchersammlung für Unteroffiziere und Mannschaften der Armee und Marine, Abt. 3, Bd. 3), Berlin 1893, S. 57; IM an OP am 29.4.1891. LAS, Abt. 309, Nr. 16798; IM an OP am 31.1.1892, erwähnt in: RP-Schleswig an Landräte am 8.2.1892. LAS, Abt. 320 Flensburg, Nr. 530.

Nach der Reichstagswahl von 1893, die der Sozialdemokratie einen Stimmenanteil von 23,2 % und großen Zulauf auch in ländlichen Gebieten einbrachte,⁴¹ faßte der preußische Innenminister zusammen, daß sich die Sozialdemokratie „mit staatlichen Machtmitteln allein“ nicht mehr „mit Erfolg bekämpfen lasse“. Er schlug vor, der Arbeiterbewegung „auf anderen Wegen und mit anderen Mitteln“ entgegenzuarbeiten. Es bedürfe „des Zusammenwirkens und der andauernden planmäßigen Tätigkeit der Wohlgesinnten aus allen Kreisen der Bevölkerung“. Insbesondere könne die „Bildung von Vereinen, die Veranstaltung von Versammlungen ... und die ausgiebige Benutzung der Presse“ dazu beitragen, verlorengegangenes Terrain zurückzuerobieren und einem „Eindringen der Arbeiterbewegung in bisher unberührte Gegenden und Bevölkerungskreise“ vorzubeugen.⁴² Hier wurde nun offen das Konzept des kulturellen Hegemonialkampfes ausgesprochen und ausdrücklich die ländliche Bevölkerung mit einbezogen. Die Regierung forcierte also aus politischen Gründen, nämlich um der Sozialdemokratie zuvorzukommen oder um sie einzudämmen, von oben her eine Dorfentwicklung, die Wolfgang Jacobeit „Verbürgerlichung mit einem konservativen Vorzeichen“ genannt hat.⁴³

Aber noch war die wichtigste Voraussetzung für eine wirksame Umsetzung dieser Pläne mit Hilfe der Kriegervereine nicht gegeben: die Gründung eines Reichs-Kriegerverbandes. Eine Vereinheitlichung und Zentralisierung des Kriegervereinswesens wurde als unerläßliche Bedingung dafür angesehen, diese Organisationen im ganzen Reich unter dauerhafte und strenge Kuratel der preußischen Regierung stellen und ihre Schlagkraft im Sinne „staatsloyaler“ Ideologien optimal entwickeln zu können. Wegen der großen Bedeutung dieser Frage hatte schon Bismarck diplomatische Kontakte zu den süddeutschen Fürstenhöfen aufgenommen und 1874 seinen Innenminister angewiesen, einen Reichsverband der Kriegervereine zu initiieren, woraufhin Regie-

41 Vgl. Fricke, Dieter: Die deutsche Arbeiterbewegung 1869-1914. Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf, Berlin 1976, S. 526.

42 Vgl. IM an OP am 29.7.1893, zit. nach Höhn, Reinhard: Verfassungskampf und Heeresleid. Der Kampf des Bürgertums um das Heer (1815-1850), Leipzig 1969, S. 307ff.

43 Vgl. Jacobeit 1986/87, S. 12.

rungsrat Illing in Aktion getreten war.⁴⁴ Die süddeutschen und einige norddeutsche Verbände hatten sich jedoch diesem Vorhaben verweigert, weil von Illing sehr barsch die Führungsrolle des DKB eingefordert worden war. Er hatte keine föderativen Strukturen gelten lassen wollen, sondern eine autoritäre Befehlshierarchie nach dem Muster des Militärs angestrebt.

Im Jahre 1878 unternahm Bismarck vor dem Hintergrund seines großen Schlages gegen die Arbeiterbewegung erneut einen Versuch zur „Bildung einer gemeinsamen Oberleitung aller deutschen Kriegervereine behufs Abwehr der Social-Demokratie“.⁴⁵ Auch Kronprinz Friedrich wurde eingeschaltet; und in seinem Namen warb General Glümer bei den süddeutschen Landesverbänden und bei ihren fürstlichen Protektoren für eine reichsweite Verbandsgründung. Sogar dezentrale Strukturen wurden jetzt zugestanden. Aber der bayerische König witterte preußische Machenschaften, und wiederum scheiterte Bismarcks Projekt.⁴⁶ So existierten weiterhin zwei konträre Blöcke im deutschen Kriegervereinswesen: 1. das süddeutsche Kartellbündnis, das sich inzwischen um einige wenige norddeutsche Verbände erweitert und in „Deutscher Kriegerverband“ umbenannt hatte; 2. der preußische „Deutsche Kriegerbund“, der sich 1884 mit einigen norddeutschen Verbänden zum „Deutschen Reichskriegerverband“ zusammenschloß. Die Rivalen wiesen 1891 zusammen einen Bestand von rund 12.000 Vereinen mit knapp über einer Million Mitgliedern auf; davon gehörte etwa die Hälfte zum DKB.⁴⁷

Bismarck erlebte den Erfolg seines Kriegervereins-Konzepts nicht mehr in seiner Amtszeit. Erst nach dem Ende des Sozialistengesetzes entzündete sich die Stimmung eines großen Teils der Bevölkerung und der Kriegervereinsführer gegen die Sozialdemokratie in einem Maße, daß die nord- und die süddeutschen Veteranen und ehemaligen Soldaten ihre jahrzehntelang gehegten

44 Vgl. Illing an IM am 8.5.1875 und OP-Brandenburg an IM am 20.1.1874, MP und IM an Kaiser am 24.2.1874 und AKO vom 17.3.1874. ZStAM, Rep. 77, tit. 1137, Nr. 4, Bd. 1. Vgl. dazu Zimmermann 1989, S. 132ff.

45 Vgl. Bismarck an Kaiser am 26.5.1878, MP und IM an Kaiser am 24.2.1874 und AKO vom 17.3.1874. ZStAM, Rep. 77, tit. 1137, Nr. 4, Bd. 2.

46 Vgl. KM an IM am 16.5.1880, MP und IM an Kaiser am 24.2.1874 und AKO vom 17.3.1874. ZStAM, Rep. 77, tit. 1137, Nr. 4, Bd. 2. Vgl. Glümer an württembergischen KM am 22.6.1880. HStAS, M 1/4, Nr. 936.

47 Vgl. Zimmermann 1989, S. 837.

Vorbehalte gegeneinander im Interesse gemeinsamer politischer Ziele zurückstellten. Der preußische Vizekanzler und Finanzminister Johannes von Miquel brachte im Juli 1897 auf den Punkt, was Regierung und Behörden spätestens seit 1890 anstrebten: die Sammlung der staatsloyalen Kräfte gegen innere und zunehmend auch äußere Herausforderungen. Miquel beschwor die Gefahr, die den herrschenden Kreisen drohe, wenn es nicht gelingen sollte, die Arbeiterbewegung niederzuhalten und in die „Volksgemeinschaft“ zu integrieren. Diese „Sammlungspolitik“ schloß ausdrücklich die Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit, also die Instrumentalisierung des zivilgesellschaftlichen Inventars, insbesondere des Vereinswesens, ein. Die ökonomischen Hintergründe dieses Programms, die Flottenpolitik und die außenpolitischen Konsequenzen können hier nicht erörtert werden.⁴⁸

Dem Gleichschritt dieser nationalistischen Integration, das heißt dem sich in den 1890er Jahren zur vollen Blüte entfaltenden „Reichsnationalismus“ (Wehler) mit seiner antisozialistischen Stoßrichtung, konnten und wollten sich auch die süddeutschen Kriegervereine nicht entziehen. Sie rückten nun dem DKB immer näher. Dabei wurde das Denkmal für Kaiser Wilhelm I. auf dem Kyffhäuser zum Katalysator des Einigungsprozesses im Kriegervereinswesen. Aber warum entschied sich der DKB-Vorstand ausgerechnet für diesen Standort? Der erste Spendenaufruf von 1889 verdeutlichte die Motive:

„Dieses Denkmal soll entstehen im Herzen Deutschlands auf den nordöstlichen Ausläufern der waldumrauschten Gebirge Thüringens, auf dem Kyffhäuserberge. Dort, wohin sich die Sehnsucht des Deutschen Volkes nach dem Erwachen Barbarossas wandte, soll aus den Trümmern einer längst vergangenen Zeit hervorwachsen die ehrfurchtsvolle Gestalt des Hohenzollernkaisers, des Mannes der That, des Genius deutscher Kraft und Herrlichkeit. Unweit des verwitterten Thurmes, den die krächzenden Raben nun verlassen haben, soll über Waldgebirge und goldene Aue, weithin sichtbar, das Standbild seiner Majestät des hochseligen Kaisers hoch emporragen. Es soll dort mit seinem Anblick künden von deutscher Waffenehre und soll noch die fernsten Geschlechter mahnen, Körper und Geist für das Waffenhandwerk

48 Vgl. dazu Kehr 1930 u. ders. 1970; Stegmann 1970, S. 128ff.; Groh 1973, S. 70ff.; Röhl, John C. G.: Deutschland ohne Bismarck. Die Regierungskrise im Zweiten Kaiserreich 1890-1900, Tübingen 1969, S. 224ff.;

zum beständigen Schutze des theuren Vaterlandes zu üben.“⁴⁹ Die „Urkunde“, die in den Grundstein des Monuments eingemauert ist, erläuterte: „Das Denkmal soll sich erheben auf freier Bergeshöhe, auf Schwarzburgs Erde, auf dem Kyffhäuser, an welchen die Volkssage die Hoffnungen auf die Wiedergeburt des Vaterlandes geknüpft hatte. - Auf dem Kyffhäuser, in welchem nach der Sage Kaiser Friedrich der Rotbart der Erneuerung des Reiches harrte, soll Kaiser Wilhelm der Weißbart erstehen, der die Sage erfüllt hat.“⁵⁰

Durch das Anknüpfen an die Kaisersage und an den 18. Juni (Einweihungsdatum) wurde einerseits eine angeblich „tausendjährige“ Nationalgeschichte und eine noch viel ältere germanische Mythologie als Zeugin für die aktuelle Bedeutung der Kriegervereine angerufen, andererseits ließ sich das Reich inklusive seiner Herrschaftsverhältnisse als Schlußstein, als Vollendung der deutschen Geschichte präsentieren und sagenhaft überhöhen. Von konkreten Inhalten der Politik und der Macht, von Bedingungen und komplexen Strukturen konnte abgelenkt werden, indem die Antwort auf die Frage nach der Legitimität der Herrschaft auf mythisch-archaische Gründe reduziert wurde. Das Denkmalprojekt lebte von dem Verlangen nach Leitbildern und Repräsentation des „Reichsnationalismus“ und seiner Wehrhaftigkeit nach innen und außen.

Entsprechend präsentierten sich diese Bilder in derjenigen Gestalt, die Architekt Bruno Schmitz und Bildhauer Emil Hundrieser dem Denkmal gegeben hatten und die vom Kaiser persönlich ausgewählt worden war: Auf einer im Durchmesser 96 Meter weiten, von einer Steinbrüstung umsäumten Terrasse erhebt sich das Monument. Im Untergeschoß, in einer durch drei mächtige Gewölbebögen zugänglichen, nach oben offenen Höhle residiert ein beinahe dionysisch anmutender Barbarossa im Kontakt mit den „Ursprüngen“, von Wasser umgeben. Im Zustand des Erwachens blickt er knapp über den Rand seines Pferches. Über ihm erhebt sich, gleichsam wie die deutsche Geschichte aus dem germanischen Mythos, ein 69 Meter hoher Wehrturm. Aus ihm reitet, so Nipperdey, „Wilhelm, der Erfüller, gleichsam aus dem Berg heraus, mit Adler und Krone an der Spitze“. Den Turm ziert

49 Aufruf vom 17.1.1889. LAS, Abt. 320 Eiderstedt, Nr. 1838.

50 Grundsteinurkunde, zit. nach Hansen, 1976, S. 34.

die weithin ins Land sichtbare Widmung und Losung: „Für Kaiser und Reich“. Hans Sedlmayr hat das gesamte Arrangement mit „einer ins Massive und Dreidimensionale übertragenen Dekoration zu einer unbekanntenen Wagner-Oper“ verglichen.⁵¹

Die Menschen sind hier nur als Objekte der Geschichte und als Kulisse vorgesehen, als Spaliere, Ehrenkompanien, Formationen, die dem Kaiser huldigten, bewundernd aufblickten. Harmonie stellt sich nur durch Unterwerfung ein. Das Denkmal läßt für differenzierte Sichtweisen oder Nachdenklichkeiten keinen Raum, allenfalls für Spekulationen über die mythische Feuchte der Barbarossahöhle. Der Kaiser auf seinem Roß blickt klar ins Land hinaus, duldet keine Widersprüche oder Grübeleien über seine Rolle und seinen Sinn. Metallisch und steinern erstarrt werden die Positionen festgeschrieben. Dabei spielt die phantastische Verbrämung der historisch ausgebildeten Machtverteilung auch auf die Zukunft an, leitet aus dem Zurückliegenden, aus der „tausendjährigen“ Geschichte die Legitimität der Kaisergewalt für eine mindestens genauso lange währende Folgezeit ab. Geschichte, Gegenwart und Zukunft verschmelzen zu einer absoluten Kategorie, jenseits aller sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wirkungszusammenhänge: „Kaiser und Reich“.

Die Monumentalität des Kyffhäuserdenkmals bedeutet also auch eine symbolische Kompensation für das seit 1871 kontinuierlich gewachsene Legitimationsdefizit der Monarchie. Der ungeheure Pomp von Festen, die immer größer werdenden Nationaldenkmäler der Wilhelminischen Ära bezeugen diese Labilität der Herrschaftsverhältnisse. Hardtwig spricht daher von der „Identität in der Gefährdung“, die das Kyffhäuserdenkmal vermittelt habe.⁵² Versucht wurde, die Monarchie mit quasi plebisziären Mitteln abzusichern, ohne aber irgendein wirkliches politisches Zugeständnis zu machen. Den Menschen wurde suggeriert, an etwas Großem teilzuhaben, das in seiner Übermacht jedem seinen Platz zuweise und dem man sich widerspruchslos zu ergeben habe. Die Überdimensionalität sollte der Bevölkerung impo-

51 Vgl. Nipperdey 1976, S. 144; Holsten, Siegmars: Allegorische Darstellungen des Krieges 1870-1918. Ikonologische und ideologiekritische Studien (= Studien zur Kunst des 19. Jahrhunderts, Bd. 27), München 1976, S. 30; Sedlmayr o. J. (1948), S. 59. Vgl. auch Arndt 1978; Tittel 1981, S. 236.

52 Vgl. Hardtwig 1981, S. 66.

nieren, sie überwältigen, ihr Respekt einflößen vor den dahinterstehenden Kräften, ihre Folgsamkeit provozieren.

Die Machteliten trieben hier offenkundig eine Art von moderner, nationalistischer Magie: das Denkmal als sinnüberfrachtetes Symbol, das unmittelbar in die Herzen der Masse eingreifen und sie nach sich bestimmen sollte, um über sie zu herrschen. Denn wo Argumente versagten, da galt es, eine diffuse, potentiell gefährliche, naturhaft unberechenbare Bevölkerung mit einem offiziellen Fetisch zu bestechen und zu bezaubern und ihr auf diese Weise einen fremden Willen aufzuzwingen. Ein Volkstümlich-Werden der Herrschaft bzw. das quicke Hantieren mit Versatzstücken des Volkstümlichen, der Tanz ums Feuer - das war die Voraussetzung fürs Gelingen des Schwindels; genauso wie (wenn dieser Vergleich erlaubt ist) der urzeitliche Schamane die Natur nur durch Mimikry und durch abschließende Fixierung aufs Mana zu bannen vermocht hatte.⁵³

Entsprechend nahm sich dann auch die ganze Weihefeier am 18. Juni 1896 auf dem Kyffhäuser gleichsam wie ein gigantisches magisches Ritual aus: Im Morgengrauen marschierten Abordnungen aus Kriegervereinen des ganzen Reiches, rund 20.000 Menschen, mit ihren Fahnen und in Kolonnen auf den Berg.⁵⁴ Einige Vorstände fuhren in Wagen. Aber nur die Ehrengäste durften die neuerbaute „Denkmalstraße“ benutzen, alle anderen wurden auf die Wirtschaftswege verwiesen. Um 12 Uhr traf der Kaiser (wie ein oberster Mana-Priester) im magischen Bezirk ein. Das 3. Bataillon des 7. Thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 96 hatte als Ehrenkompanie Aufstellung bezogen. Links und rechts der Straße und zur Umfriedung des sozusagen inneren Zauberkreises waren Kriegervereinsmitglieder im Spalier angetreten. Der Kaiser schritt die Reihen ab und begab sich dann zusammen mit den Bundesfürsten und den Bürgermeistern, dem Denkmalkomitee und den Künstlern ins Zentrum der Kultstätte, auf die Plattform des Monuments. Hier trat der Zeremonienmeister des DKB, Alfred Westphal, vor, und die solenne Salbaderei hub an mit einem Dithyrambus:

53 Zum hier unterlegten Magie-Begriff vgl. Cassirer, Ernst: Das Erkenntnisproblem in der Philosophie und Wissenschaft, Bd. 1, Berlin 1906, S. 150; Horkheimer/Adorno 1969, S. 39, 210f.

54 Vgl. 18. Geschäftsbericht des DKB, S. 19; 25. Geschäftsbericht des DKB, S. 17. Vgl. auch Arndt 1978, S. 81.

„Heil Dir im weißen Barte;
Du jugendlicher Greis!
Um Deine Siegstandarte
Schlingt sich der höchste Preis!
Es geht auf dem Kyffhäuser
Held Friedrich nun zur Ruh’.-
Sein Erb’ als deutscher Kaiser
Bist, König Wilhelm, Du!“⁵⁵

Westphal ließ es dann an obligatorischen Verwünschungen der dämonischen Mächte (der Arbeiterbewegung) und an der schockierenden Imitation und Demonstration ihrer Schrecken nicht fehlen: Sie wollten „die breiten Massen des Volks mit dem Gift vaterlandsloser Gesinnungen“ infizieren. Gegen diese „fanatischen Verführer“ stehe jedoch der „Kyffhäusergeist“, wie er in den Kriegervereinen lebendig sei. Zum Zeichen der „Liebe und Treue zu Kaiser und Reich“ hätten die ehemaligen Soldaten das Denkmal errichtet, das es nun zu weihen gelte und für dessen Betreuung sich die deutschen Kriegervereine sehr bald zu einem Reichsverband, dem „Kyffhäuserbund“ zusammenschließen würden. Dann strebte das magische Ritual seinem Höhepunkt zu. Der Kaiser, in militärischem Ornat, begab sich in die Mitte, gestikuliert und sprach. In kurzen Abwehrformeln drohte er den „bösen Geistern“ und verhiess seherisch „Erlösung“ im Zeichen des Kyffhäusers, diesem „unvergänglichen Wahrzeichen“ rettender monarchischer und staatsloyaler Gesinnung:

„Solange dieser Fels den Bau des Reiches trägt, kann dasselbe der Stürme spotten, und nahe liegt die erste Mahnung, nie zu dulden, daß frevelnde Mächte denselben erschüttern.“⁵⁶

Damit war es getan. Sechstausend ausgewählte Kriegervereinsmitglieder hatten die Weihezeremonie verfolgt, die anderen vierzehntausend im Umfeld Spalier gestanden. Doch nach 101 Salutschüssen des Thüringischen Feldartillerie-Regiments bekamen auch alle übrigen herangereisten Vereinsangehörigen Gelegenheit, am Kaiser im „Parademarsch“ vorbeizudefilieren, die schamanenhafte Figur mit dem helmgestärkten Federschmuck und der deutschen Bartmaske zu bestaunen und sich von ihrer obsku-

55 Westphal, zit. nach Flensburger Norddeutsche Zeitung 142 vom 20.6.1896. Vgl. auch Borst 1979, S. 55.

56 Vgl. Wilhelm II., zit. nach 25. Geschäftsbericht des DKB, S. 19.

ren Aura berücken zu lassen. Gleich darauf fuhren die Fürsten davon. Nun erst stand den anderen Besuchern das manaeske Monument zur Besichtigung frei.

Das Kyffhäuser-Denkmal stieg mit dieser Weihefeier zur zentralen „Kultstätte“ des deutschen Kriegervereinswesens auf. Wer nicht auf eigene Faust kommen konnte, für den organisierten die Provinzial- und Regionalverbände Gruppenreisen auf den Berg. In einigen schleswig-holsteinischen Vereinen beispielsweise wurden Reisekassen eingerichtet, um auch den ärmeren Mitgliedern eine derartige „Wallfahrt“ zu ermöglichen.⁵⁷ In vielen Vereinslokalen der örtlichen Kriegergruppierungen hingen Fotos oder Kunstdrucke vom Denkmal; der DKB verschenkte regelmäßig aus Anlaß von Ehejubiläen seiner Mitglieder solche Reproduktionen.⁵⁸ Dem Bauwerk kam somit bis in die Familien hinein eine amulettähnliche bzw. fetischartige Bedeutung zu.

Auch die süddeutschen Kriegerverbände vermochten sich bis auf wenige kleinere, katholisch oder demokratisch gesinnte Gruppierungen nun der Attraktivität der nationalen Sammlung im Zeichen des Kyffhäusers nicht mehr zu entziehen. Sie traten nach und nach dem geschäftsführenden Ausschuß für das Kaiser-Wilhelm-Denkmal bei. Und dieses Gremium mauserte sich von Sitzung zu Sitzung zu einem Leitungsorgan aller großen Kriegerorganisationen in Deutschland. Bereits 1891 war es zu einem ersten Kompromiß gekommen. Der DKB erkannte die föderativ-landesverbandliche Gliederung endgültig an, woraufhin die ehemaligen Kartellverbände ihre Zustimmung gaben, den Kyffhäuser-Ausschuß zu einem permanenten Gremium aufzuwerten und dort auch Fragen zu beraten, die das Kriegervereinswesen im allgemeinen betrafen.⁵⁹

Die preußische Regierung hatte ihr Ziel nun fast erreicht, wobei der Begriff „negative Integration“ nicht genügt, um die Ausstrahlungskraft dieser Vereine, ihrer Veranstaltungen und Objekte zu verstehen. Die nationale Sammlung verdankte ihre Bindekraft nicht nur der Abgrenzung gegenüber Fremd- und Feindgruppen, sondern auch einem „positiven Gegenbilde“ (Wolfgang

57 Vgl. Geschäftsbericht des Provinzialverbandes Schleswig-Holstein im Preußischen Landes-Kriegerverband für 1901. LAS, Abt. 301, Nr. 1875.

58 Vgl. 29. Geschäftsbericht des DKB, S. 12.

59 Vgl. Zimmermann 1989, S. 144ff.

Jacobeit) und einem Zukunftsentwurf, die viele Menschen zu beeindrucken vermochten. Die Bewegung versprach Sicherheit und Ordnung im Schutz der Autorität; sie bot „Kameradschaft“ statt „Solidarität“ und „Brüderlichkeit“; sie verhielt Größe und Selbstbewußtsein durch Identifikation mit der Macht; sie gab mit dem Nationalgefühl eine quasi religiöse Selbstgewißheit. Auch das national-konservative Weltbild besaß mithin die Anziehungskraft eines gesellschaftlichen Ideals, allerdings eines politisch affirmativen und entmündigenden. Mit seiner Namensgebung stellte sich der „Kyffhäuserbund der Deutschen Landeskriegerverbände“ noch einmal ausdrücklich in den Horizont dieser mythisch-germanophilen, magisch-mimetischen Ideologie.

Der Kyffhäuserbund trat faktisch mit dem Tag der Denkmals-einweihung ins Leben, de jure allerdings erst 1900. Denn noch einmal hatte der DKB versucht, die süddeutschen Verbände ans Gängelband zu nehmen. Als die Satzung des Kyffhäuserbundes unterschriftsreif vorlag, forderten die Berliner plötzlich, alle Entscheidungen des Bundes sollten für die angeschlossenen Organisationen fest verbindlich sein. Der badische Verband drohte daraufhin, das ganze Projekt kurz vor seiner Vollendung platzen zu lassen. Vor allem auf Druck der preußischen Regierung lenkte der DKB schließlich ein.⁶⁰

So wurde der Kyffhäuserbund ein formal lockerer Zusammenschluß von Landes-Kriegerverbänden. Aber auch bei diesem Status hatte sich der DKB die Vorreiterrolle gesichert. Er stellte den Präsidenten des Bundes und zwei weitere Vorstandsmitglieder. Dadurch blieb der preußischen Regierung die direkte Einflußmöglichkeit (Bestätigungsrecht von 1881) erhalten. Außerdem lag die zentrale Pressearbeit ausschließlich in der Hand der Berliner Verbandsführer. Das ursprüngliche Ziel, nämlich eine straffe Befehlshierarchie einzurichten und den Reichsverband der Kriegervereine vollkommen der preußischen Regierung zu unterstellen, war aufgrund des Widerstandes der süddeutschen Verbände allerdings nicht erreicht worden. - Am 15. August 1900 erfolgte die Eintragung des Kyffhäuserbundes in das Vereinsregister des Amtsgerichts I, Berlin, unter Nummer 78. Am 6. Juni 1913 übernahm Kaiser Wilhelm II. das Protektorat über den Verband, dem

60 Vgl. ebd.

zu diesem Zeitpunkt rund 32.000 Vereine mit rund drei Millionen Mitgliedern angehörten.⁶¹

Wenn der Kyffhäuserbund auch nicht als aggressivster Scharfmacher der nationalistischen Sammlung bewertet werden sollte, so war er doch noch vor dem „Deutschen Flottenverein“, dem „Alddeutschen Verband“ oder dem „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ die mit weitem Abstand mitgliederstärkste und populärste Stütze dieser Machtpolitik. Mit ihren unzähligen Festen und Feiern (Sedantag, Kaisergeburtstag etc.), mit ihren Tausenden von Wilhelm-, Bismarck- und Kriegerdenkmälern drückten die Kriegervereine jeder Stadt und beinahe jedem Dorf ihren Stempel auf, wie noch heute vielerorts zu erkennen ist. Sie dominierten das öffentliche Leben vor allem in ländlichen Regionen⁶² und müssen sowohl hinsichtlich der Attraktivität ihrer Aktivitäten als auch hinsichtlich ihrer Mitgliederzahlen als ernsthafte Konkurrenz für die Freizeitorganisationen der Sozialdemokratie angesehen werden. Sie leisteten in verhängnisvoller Weise einen Beitrag dazu, Denk-, Haltungs- und Handlungsmuster in die Bevölkerung zu tragen und dort zu verankern, die von politischer Intoleranz, Fortschrittsfeindlichkeit auf sozialem Gebiet, von nationaler Selbstgerechtigkeit, bornierter Martialität und Autoritätsgläubigkeit geprägt waren.

Die Geschichte des Kyffhäuserbundes zeigt darüber hinaus, wie offensiv die preußische Regierung seit 1874 dirigierend in ein bürgerliches Vereinswesen eingriff, um - im Interesse konservativer Herrschaftssicherung - eine „patriotische Gesinnung“ (Bismarck), später einen virulenten Nationalismus zu evozieren. Sie versuchte erfolgreich, den öffentlichen Diskurs zu beeinflussen und nach „Reichsfeinden“ und „Reichsfreunden“ zu polarisieren. Den ersten Versuchen Bismarcks folgte in den 1890er Jahren (mit steigender Bedeutung der Arbeiterbewegung) das vehemente Bestreben, eine „Sammlung der produktiven Stände“ (Johannes von Miquel) herbeizuführen. Sammlung, das hieß vor allen Dingen

61 Vgl. AKO vom 16.6.1913. Bundesarchiv Koblenz (BAK), NS 26, Nr. 923; vgl. 14. Geschäftsbericht des Kyffhäuserbundes, S. 123.

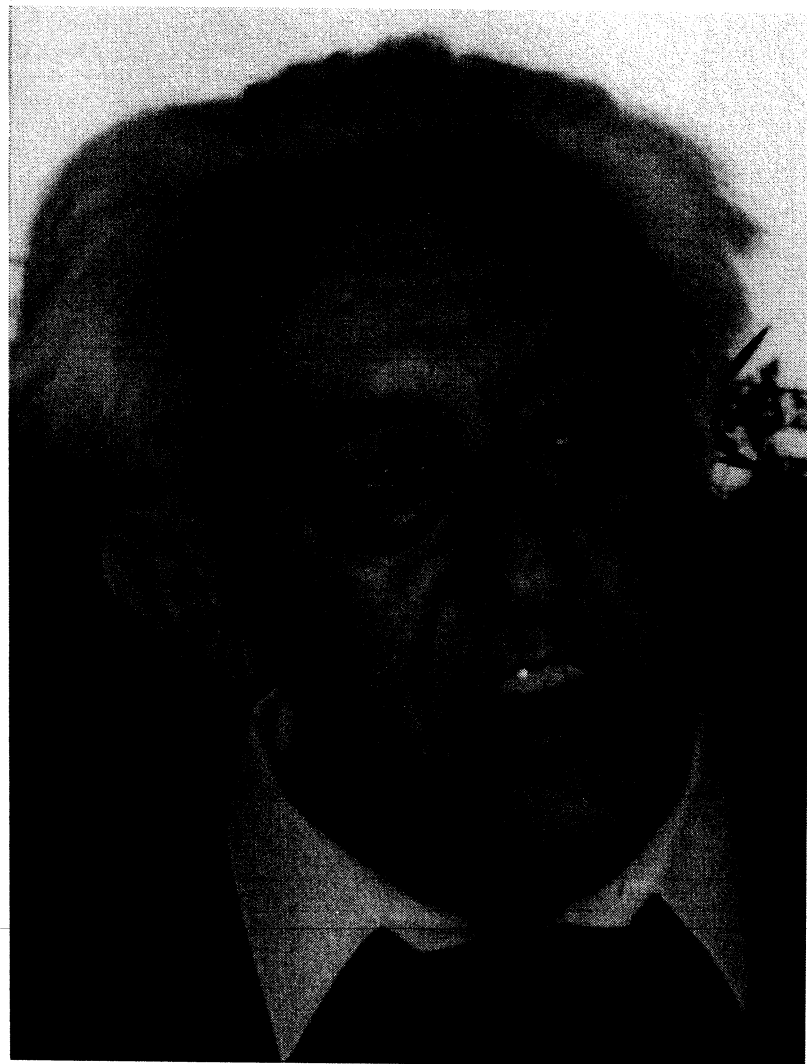
62 Vgl. dazu Jacobeit 1986/87, S. 12, 16f., 27; Jacobeit/Jacobeit 1987, S. 307 u. Jacobeit, Wolfgang/Mooser, Josef/Sträth, Bo (Hrsg.): Einleitung. In: Dies. (Hrsg.): Idylle oder Aufbruch? Das Dorf im bürgerlichen 19. Jahrhundert. Ein europäischer Vergleich, Berlin 1990, S. 15; Sievers, Kai Detlev: Kriegervereine als Träger dörflicher Festkultur in Schleswig-Holstein. In: Dies., S. 155-167.

massenwirksame und dominante Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und die kulturelle Hegemonie zu erobern, indem man etwa die Kriegervereine in Stellung brachte und den „Kyffhäusergeist“ beschwor.

Diese Aktivitäten besaßen damals durchaus (und das gilt vor allem für ländliche Gebiete) den Anstrich des Modernen, brachten doch - worauf Wolfgang Jacobeit hingewiesen hat - die Vereine und insbesondere die Kriegervereine „urbane Lebensformen“ und bürgerliche Kommunikations- und Lebensweisen ins Dorf.⁶³ Durch solche quasi plebiszitären Mittel, so hofften die etablierten Herrschaftseliten, würden sich die überkommenen Machtverhältnisse sichern und dauerhaft abstützen lassen. Vor allem die preußischen Kriegervereine degenerierten dabei zu einer willfährigen Akklamationskulisse, zu einer politischen Manövriermasse der Regierung und der federführenden Machteliten. Sie sind das Paradebeispiel für das schon im Deutschen Kaiserreich von Regierung und Behörden verfolgte Konzept einer „kulturellen Hegemonie“, wie es Antonio Gramsci dann später theoretisch begründet und für die Arbeiterbewegung reklamiert hat. Die Kriegervereine bildeten die mit weitem Abstand mitgliederstärkste und weit in die unteren Bevölkerungsschichten hineinreichende Stütze der nationalistischen Sammlungspolitik. Vor allem ihre Feste und Denkmäler, wie dasjenige auf dem Kyffhäuser und seine Einweihungsfeier, zeigen, „was alles aufgeboten wurde, um die werktätigen Menschen mit der schwülstig-ekstatischen Berichterstattung von der Größe des Reiches zu blenden, sie von der eigentlichen, nämlich *ihrer* Misere abzulenken“.⁶⁴

63 Vgl. Jacobeit 1986/87, S. 12, 16f., 27.

64 Vgl. Jacobeit/Jacobeit 1987, S. 310.



Alltagskultur im Umbruch

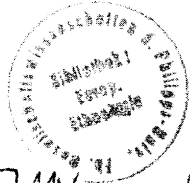
Wolfgang Kaschuba / Thomas Scholze
Leonore Scholze-Irrlitz (Hg.)



1996

BÖHLAU VERLAG WEIMAR KÖLN WIEN

Mit freundlicher Unterstützung der Gesellschaft für Ethnologie e.V.,
Berlin



Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Alltagskultur im Umbruch : [Festschrift für Wolfgang Jacobeit
zu seinem 75. Geburtstag] / hrsg. von Wolfgang Kaschuba ... –
Weimar ; Köln ; Wien : Böhlau, 1996
(Alltag & Kultur ; Bd. 1)
ISBN 3-412-06596-X
NE: Kaschuba, Wolfgang [Hrsg.]; Jacobeit, Wolfgang: Festschrift; GT

Dieses Buch wurde auf chlorfrei gebleichtem, säurefreiem Papier hergestellt.

Copyright © 1996 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln, Weimar
Alle Rechte vorbehalten

Redaktion: Thomas Scholze, Berlin
Umschlagentwurf: Rainer Raap
Satz und Repro Umschlag: Greiner & Reichel, Köln
Satz: Stephan Heinen, Berlin
Compute to plate, Druck und Verarbeitung: KM-Druck, Groß Umstadt
Printed in Germany
ISBN 3-412-06596-X

Inhalt

Vorwort	7
GOTTFRIED KORFF: Mind in Matters. Anmerkungen zur volkskundlichen Sachkulturforschung	11

I. Begriffe des Alltags

HERMANN BAUSINGER: Alltag und Utopie	31
EGON FREITAG: „Das poetische Talent ist dem Bauern so gut gegeben als dem Ritter.“ Alltagsbegriff und Kreativität zur Goethezeit	49
ROLF LINDNER: Arbeiterkultur und Authentizität	71

II. Brüche im Alltag

JAN PETERS: „Der verlorene schwedische Korporal.“ Über Verhaltensbrüche im sächsischen Nachkriegsalltag (Tautenburg 1649-1650)	83
KAI DETLEV SIEVERS: Das neue „Allgemeine Gesangbuch“ für die Herzogtümer Schleswig und Holstein aus dem Jahre 1780	111

LEONORE SCHOLZE-IRRLITZ:
„Umsiedler“ im Landkreis Beeskow/Storkow 135

III. Horizontlinien des Alltags

BO STRÄTH:
Die kulturelle Konstruktion von Gemeinschaften
und die Transformation von Gesellschaften 153

HARM-PEER ZIMMERMANN:
Kulturelle Hegemonie von rechts.
Nationalistische Integrationspolitik im Zeichen
des Kyffhäuser 1871-1914 171

UTE MOHRMANN:
Festhalten am Brauch. Jugendweihe vor und
nach der „Wende“ 197

IV. Bilder des Alltags

SUNE ZACHRISSON:
Reichtum oder Verarmung?
Die Landwirtschaftsentwicklung Schwedens
im Museum 217

DIETER KRAMER:
Über die Autorität des Museums 233

Anhang

Bibliographie Wolfgang Jacobeit 247

Zu den Autoren und Herausgebern 257

Vorwort

Im Jahr 1986 hat Wolfgang Jacobeit seinen Berliner Lehrstuhl für Ethnographie/Volkskunde an der Humboldt-Universität abgegeben und damit den Stab an Jüngere weitergereicht. Das ist nun schon ein Jahrzehnt her - zehn weitere, überaus aktive und produktive Lebensjahre eines Wissenschaftlers, aber auch zehn Gesellschaftsjahre, in denen sich die Welt dramatisch verändert hat. Ein ganzes Gesellschaftssystem ist zusammengebrochen, die Universitätslandschaft hat nicht nur „Unter den Linden“ ihr Gesicht gewandelt, und auch die Ethnographie mußte und konnte sich neue volkscundliche und ethnologische Horizonte erschließen. Wolfgang Jacobeit, dessen Weg schon einmal durch Krieg und Untergang einer Gesellschaft führte und ihn schließlich zu seinen akademischen Arbeitsplätzen nach Berlin brachte, nahm auch die neue Herausforderung an. In Fürstenberg an der Havel, seinem jetzigen Wohnort, arbeitet er weiter unermüdlich an vielfältigen Forschungsthemen.

Die Jahre nach 1989, die für viele von uns eine Zeit der Veränderungen, auch manchen Bruchs bedeuten, mögen - fachlich gesehen - für eine besondere Spezies des „Homo academicus“ so dramatisch vielleicht gar nicht gewesen sein: für jene nämlich, die immer schon zu den „Grenzgängern“ gehörte. Zu dieser Spezies zählt Wolfgang Jacobeit gewiß in besonderer Weise. Er war „Grenzgänger“ zwischen ostdeutscher und westdeutscher Volkskunde bereits in den politisch „kalten Jahren“; er blieb darüber hinaus auch ein „Grenzgänger“ zwischen den Disziplinen, zwischen Volkskunde und Ergologie wie zwischen Volkskunde und Geschichte; und nicht zuletzt durchbrach er nur allzu gern die Grenzen zwischen Traditions- und Innovationslagern, zwischen Theorie und Praxis seines Faches. Vieles, was heute selbstverständlich ist und gilt, hat er frühzeitig wahr- und manches davon auch vorweggenommen.